

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Agnieszka Brugger, Omid Nouripour, Katja Keul, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hinweise auf völkerrechtswidrige Praktiken der USA von deutschem Staatsgebiet aus und die diesbezüglichen Kenntnisse der Bundesregierung

Laut Presseberichten der „Süddeutschen Zeitung“, des „Norddeutschen Rundfunks“, des politischen Magazins „Panorama“ sowie dem Buch von Christian Fuchs/John Goetz über den so genannten Geheimen Krieg gibt es belastbare Hinweise, dass von deutschem Staatsgebiet aus eine umfängliche Beteiligung an der Durchführung von völkerrechtswidrigen Praktiken der Vereinigten Staaten von Amerika erfolgt und die Bundesregierung hiervon Kenntnis hat. Die Hinweise beziehen sich dabei unter anderem auf die Planung und Durchführung extralegalen Tötungen. Diese völkerrechtswidrigen Praktiken gehen demnach von Seiten des US-amerikanischen Afrika-Kommandos (AFRICOM) in Stuttgart und von seiner Flugleitzentrale, dem Air and Space Operations Center (AOC), in Ramstein aus. Auf deutschem Staatsgebiet sei damit die Kommandozentrale für völkerrechtswidrige Drohneneinsätze in Afrika beheimatet. Bei seinem Besuch in Deutschland im Juni 2013 beteuerte US-Präsident Barack Obama während der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zwar, dass Deutschland nicht der Startpunkt für unbemannte Systeme als Teil der US-amerikanischen Antiterroraktivitäten sei.¹ Inwiefern damit ausgeschlossen ist, dass AFRICOM die offenbar völkerrechtswidrigen Drohneneinsätze in Afrika von deutschem Staatsgebiet aus steuert, geht aus Präsident Barack Obamas Statement jedoch nicht hervor. Auch die Bundesregierung weigert sich nach wie vor, umfassend Stellung zu beziehen, inwieweit den Hinweisen nachgegangen wurde und was genau die Bundesregierung wusste. Dabei ist von besonderem Interesse, welche Initiativen sie ergriffen hat, um die berichteten Verletzungen des Völkerrechts von deutschem Territorium aus entschieden zu unterbinden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Aufgrund welcher Überlegungen hat sich die Bundesregierung im Januar 2007 zur Ansiedlung von AFRICOM, dem Afrika-Kommando des US-Verteidigungsministeriums, auf deutschem Staatsgebiet bereit erklärt, obwohl vorher zwölf afrikanische Staaten dies abgelehnt haben?

Ist der Bundesregierung bekannt, dass AFRICOM von den zwölf afrikanischen Staaten abgelehnt wurde und aus welchen Gründen dies geschah?

Was waren die Gründe im Einzelnen?

¹ „We do not use Germany as a launching point for unmanned drones as part of our counter-terrorist activities. I know that there have been some reports here in Germany that that might be the case. It is not.“ Magazin Panorama, <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2013/ramstein129.html>, letzter Zugriff: 22. November 13.

2. Sind dabei mit der US-amerikanischen Regierung hinsichtlich der Ansiedlung und der Aufgaben von AFRICOM schriftliche oder mündliche Regelungen getroffen oder Erklärungen abgegeben worden?
 - a) Wenn ja, in welcher Form (völkerrechtlicher Vertrag, Verwaltungsabkommen, einseitige Erklärung etc.)?
Wenn nein, warum nicht?
 - b) Wenn ja, wann wurden diese getroffen oder erklärt, und von wem?
 - c) Wenn ja, welche Bundesministerien waren an diesem Entscheidungs- und Diskussionsprozess beteiligt?
Von wem wurden diese getroffen oder erklärt?
 - d) Wurden Entscheidungen den zuständigen Bundesministerinnen, Bundesministern oder der Bundeskanzlerin vorgelegt?
Wenn ja, welchen, und in welcher Form?
Wenn nein, warum nicht?
 - e) Gab es Versuche, seitens des Auswärtigen Amts oder eines anderen Bundesministeriums, Einfluss auf die US-amerikanische Seite zu nehmen, um die Zustimmung der Bundesregierung zur Ansiedlung von AFRICOM in Deutschland nicht in der Öffentlichkeit zu erwähnen?
 - f) Wenn ja, welche, und warum?
3. Stellen der NATO-Vertrag und die hierzu ergangenen Vereinbarungen (NATO-Truppenstatut, Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, Verwaltungs- und Durchführungsabkommen) nach Einschätzung der Bundesregierung für die Ansiedlung von AFRICOM in Deutschland eine hinreichende Rechtsgrundlage dar (bitte im Einzelnen darlegen)?
4. Warum war aus Sicht der Bundesregierung eine Zustimmung des Deutschen Bundestages z. B. nach Artikel 59 Absatz 2 des Grundgesetzes (GG) zur Ansiedlung von AFRICOM in Deutschland nicht erforderlich?
 - a) Hält die Bundesregierung an dieser Auffassung fest?
 - b) Warum wurde der Deutsche Bundestag nicht zumindest über die Ansiedlung von AFRICOM informiert, oder ist die Bundesregierung der Meinung, dass der Deutsche Bundestag hierüber nicht hätte informiert werden müssen?
Wenn ja, warum?
5. Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, dass AFRICOM von Stuttgart aus offenbar alle militärischen Aktivitäten des US-Verteidigungsministeriums und anderer Behörden in Afrika koordiniert und bündelt sowie die Befehle zu deren Umsetzung gibt?
 - a) Welche konkreten Aktivitäten und Aufgaben seitens AFRICOM sind der Bundesregierung bekannt (bitte detailliert aufschlüsseln)?
 - b) Hat sich die Bundesregierung seit der Stationierung von AFRICOM regelmäßig Informationen über die Tätigkeiten, die von AFRICOM ausgehen, beschafft?
 - c) Wenn ja, auf welchem Wege, und wie oft?
 - d) Wenn nein, warum nicht?
 - e) Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, um die Einhaltung von nationalem Recht und Völkerrecht bei Diensthandlungen auf den US-Basen AFRICOM und AOC zu überwachen und ggf. durchzusetzen, und wie macht sie von diesen Möglichkeiten Gebrauch?

6. Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass das Air and Operations Center (AOC) in Ramstein offenbar für alle US-Luftwaffeneinsätze in Afrika zuständig ist und auch Daten für diese Einsätze aus Deutschland kommen?
 - a) Wenn ja, seit wann?
 - b) Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung juristisch aus dem Sachverhalt, dass es sich dabei auch um Daten handelt, die zu der gezielten Tötung oder Verschleppung von Menschen führen?
7. Warum wurde der Standort Stuttgart nach Kenntnis der Bundesregierung für AFRICOM ausgewählt, und welche Kriterien wurden dabei angewandt?
8. Welche Kosten entstanden dem Bund seit dem Jahr 2001 durch den Aus- und Umbau der US-amerikanischen Stützpunkte in Stuttgart und Ramstein (bitte detailliert aufschlüsseln)?
 - a) Wer trug diese Kosten?
 - b) Wann wurden diese fällig?
 - c) Auf welcher Rechtsgrundlage wurden die Standorte in Stuttgart und insbesondere in Ramstein erweitert?
9. Wird die Infrastruktur des militärischen Stützpunktes in Ramstein nach Kenntnis der Bundesregierung benötigt, um die Kampfdrohnen MQ-9 Reaper von Deutschland aus nach Dschibuti oder in andere Länder zu transportieren?
10. Welche Infrastrukturprojekte der US-Streitkräfte unterstützen die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler seit dem Jahr 2001 in welcher Höhe (bitte nach Jahren und Projekten auflisten)?

Werden dadurch auch Fazilitäten, wie etwa Lager- und Wartungshallen, Transportmittel oder Rollfelder, finanziert?
11. Um welche „Sondervorschrift der deutschen Regierung“ in Bezug auf das Truppenübungsgelände in Grafenwöhr, welches auch von AFRICOM genutzt wird, handelt es sich bei der in einer Broschüre der US-Armee Erwähnten?

Was sind die Inhalte dieser Sondervorschrift?
12. War der Bundesregierung zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Ansiedlung von AFRICOM in Stuttgart bekannt, dass das Camp Lemonnier in Dschibuti offenbar unter die Führung von AFRICOM in Stuttgart wechseln würde?
 - a) Wenn ja, war der Bundesregierung bekannt, dass die so genannten rendition flights, also die Entführungen von Tatverdächtigen in Afrika offenbar über Camp Lemonnier abgewickelt wurden?
 - b) Wenn ja, wie hat die Bundesregierung auf Hinweise in öffentlich zugänglichen Quellen (vgl. u. a. “United States of America/Below the radar: Secret flights to torture and ‘disappearance’”, amnestyusa.org, 5. April 2006) reagiert, dass diese Opfer teilweise jahrelang ohne Anklage in den geheimen Gefängnissen der USA in Polen, Litauen, Afghanistan und Rumänien verschleppt und gefoltert wurden?
 - c) Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Verschleppung des deutschen Staatsbürgers Khaled El Masri aus dem Balkan in ein Foltergefängnis in Afghanistan offenbar über AFRICOM oder AOC Ramstein organisiert wurde?
 - d) Wenn ja, seit wann?

13. In welcher Form arbeiten deutsche Sicherheitsbehörden oder die Bundeswehr mit AFRICOM zusammen?
- Wenn ja, wie sieht diese Zusammenarbeit aus, und auf welcher Rechtsgrundlage und mit welchen konkreten Aufgaben erfolgt diese?
 - Wenn die Aufgabe der Verbindungskommandos der Luftwaffe am Standort Ramstein und bei AFRICOM in Stuttgart laut der Bundesregierung das „Weiterleiten von Informationen zur Planung, Taktik, zu Einsätzen, zur Strategie“ (Bundestagsdrucksache 17/14401) der US-Streitkräfte auf deutschem Boden ist, warum haben diese Verbindungsoffiziere dem Bundesministerium der Verteidigung nicht mitgeteilt, dass AFRICOM in die Planung und Durchführung von Drohnenangriffen in Afrika involviert ist?
14. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Einrichtung von Drohnenbasen in Ostafrika (Dschibuti, Seychellen – Insel Mahé –, Äthiopien, Niger, Burkina Faso, Mauretanien, Uganda und Südsudan) unter Beteiligung von AFRICOM seit dessen Stationierung in Stuttgart im Jahr 2007, und wie hat die Bundesregierung darauf reagiert?
15. Waren der Bundesregierung zum Zeitpunkt der Gespräche über die Ansiedlung von AFRICOM in Deutschland die berichteten Praktiken der US-amerikanischen Sicherheitskräfte, wie insbesondere die Durchführung extralegalen Tötungen und die Verschleppung von Menschen in Afrika, bekannt?
- Wenn ja, ging die Bundesregierung davon aus, dass die berichteten entsprechenden Praktiken auch von AFRICOM aus geplant, befohlen oder sonst unterstützt würden?
 - Sind diese berichteten Praktiken in den Gesprächen im Vorfeld der Zusage für den Standort AFRICOM angesprochen worden?
Wenn nein, warum nicht?
16. Gibt es eine Kooperation zwischen AFRICOM in Stuttgart bzw. dem AFRICOM-Kommando auf dem Camp Lemonnier und der Deutschen Verbindungs- und Unterstützungsgruppe der Atalanta-Mission in Dschibuti?
Wenn ja, wie sieht diese Kooperation konkret aus (bitte detailliert aufschlüsseln)?
17. Ist der Bundesregierung bekannt, dass die Joint Special Operations Command (JSOC) offenbar ein eigenes Gebäude auf dem Gelände des AFRICOM-Hauptquartiers hat?
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung hinsichtlich der Aktivitäten von JSOC?
 - Wurde die Bundesregierung vorab über die Ansiedlung dieser Einheit auf dem Gelände des AFRICOM-Hauptquartiers informiert?
 - Wenn nicht, hätte aus Sicht der Bundesregierung vorab eine Regelung mit den USA über die Ansiedlung dieser Einheit getroffen werden müssen oder hätten die USA die Bundesregierung zumindest vorab informieren müssen?
18. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass von AFRICOM aus offenbar gezielte Tötungen außerhalb von bewaffneten Konflikten geplant, befohlen oder unterstützt werden?
- Wenn ja, seit wann, und wie hat sie davon erfahren?
Wie ist sie mit dieser Information umgegangen?

- b) Wenn nein, welche Maßnahmen wurden seit dem Bekanntwerden der berichteten Beteiligung an Einsätzen gegen mutmaßliche Terroristen durch Berichte des ARD-Magazins „Panorama“ unternommen, um diesen Sachverhalt aufzuklären (<http://daserste.ndr.de>)?
- c) Was hat die Bundesregierung seit den Veröffentlichungen vom 30. Mai 2013 und 1. Juni 2013 in der „Süddeutschen Zeitung“ und im „Norddeutschen Rundfunk“, nach denen die Bundesregierung versicherte, keine Kenntnis darüber zu haben, dass US-Streitkräfte in Afrika – mit Hilfe der US-Stützpunkte in Stuttgart und Ramstein – gezielte Tötungen vorgenommen hätten (Bundestagsdrucksache 17/14401) unternommen, um mehr Kenntnisse zu erlangen, und wie ist sie mit diesen Kenntnissen umgegangen?
19. Inwiefern hat die Bundesregierung in der Vergangenheit sichergestellt, dass von US-Stützpunkten in Deutschland keine gezielten Tötungen oder Beteiligungen an diesen, die das Völkerrecht verletzen, erfolgen, und wie will die Bundesregierung dies, insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Medienberichte, für die Zukunft wirksam unterbinden?
20. Hält die Bundesregierung die berichteten gezielten Tötungen, die offenbar vom US-amerikanischen Militär oder den US-amerikanischen Geheimdiensten außerhalb von bewaffneten Konflikten verübt werden oder wurden, für vereinbar mit dem Völkerrecht (bitte begründen)?
- a) Wurde diese Rechtsauffassung gegenüber den amerikanischen Verbündeten kommuniziert?
- b) Wenn ja, wann, in welchem Rahmen, durch welche Ebenen der Bundesregierung, und in welchem Wortlaut (bitte jeweils detailliert aufschlüsseln)?
- c) Wenn ja, wie war jeweils die US-amerikanische Reaktion in Bezug auf die deutsche Rechtsauffassung?
- d) Wenn nein, warum wurde diese Rechtsauffassung nicht gegenüber den amerikanischen Verbündeten kommuniziert?
21. a) Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass mit Duldung der Planung, Befehligung oder sonstigen Unterstützungen der berichteten gezielten Tötungen außerhalb von bewaffneten Konflikten von Deutschland aus, ein Beitrag dazu geleistet wird, dass entsprechende Praktiken als Völkergewohnheitsrecht anerkannt werden könnten?
- Wenn nein, warum nicht?
- b) Was unternimmt die Bundesregierung, damit sich die gezielten Tötungen außerhalb von bewaffneten Konflikten nicht als Völkergewohnheitsrecht etablieren?
22. Auf welche Einsätze bezog sich der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, konkret, als er sich im Rahmen des „Sicherheitspolitischen Dialogs mit den Kirchen“ am 24. April 2013 gegen extralegale Hinrichtungen aussprach („Extralegale Hinrichtungen, wie sie auch in den USA sehr umstritten sind, kommen für uns nicht in Frage“, Berliner St.-Matthäus-Kirche)?
23. Inwieweit hat die Bundesregierung geprüft, unter welchen Umständen es mit deutschem Recht vereinbar ist, wenn Sicherheitsbehörden der USA von deutschem Boden aus die Tötung von Terrorverdächtigen planen, befehligen oder sonst unterstützen, wie es aus Medienberichten hervorgeht?
- a) Wenn ja, wer nahm diese Prüfung mit welchem Ergebnis vor?
- b) Auf welche rechtliche Grundlage stützt sich dieses Vorgehen?

24. Finden die Regelungen des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bezüglich der Strafbarkeit und der Strafverfolgung auf die Soldatinnen und Soldaten von AFRICOM und AOC Anwendung, obwohl die Einsätze außerhalb des Gebietes, der Aufgaben und der Organisation der NATO erfolgen?
- a) Wenn ja, warum?
 - b) Wenn nein, welches Recht findet dann Anwendung?
25. a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts, dass die „Unterstützung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges [...] Deutschland verfassungsrechtlich verboten [ist]“?
- b) Sieht sich die Bundesregierung aufgrund der aus den Grundrechten oder internationalen Menschenrechten abgeleiteten Schutzpflichten veranlasst, von deutschem Boden aus offenbar geplante, befehligte oder sonst unterstützte gezielte Tötungen oder Verschleppungen von Menschen, die nicht mit dem Völkerrecht vereinbar sind, zu unterbinden?
Wenn nein, warum nicht?
 - c) Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, dass sich Personen strafbar machen, wenn sie von Deutschland aus gezielte Tötungen oder Verschleppungen von Menschen planen, befehlen oder sonst unterstützen, die nicht mit dem Völkerrecht vereinbar sind?
 - d) Gelten insoweit (Frage c) für in Deutschland stationierte Soldatinnen und Soldaten der USA, die entsprechende Handlungen im Dienst begangen haben, solche Einschränkungen im Hinblick auf die Strafbarkeit und Strafverfolgung, dass eine Strafverfolgung in Deutschland ausgeschlossen ist, auch wenn wegen der Taten eine Strafverfolgung durch die USA nicht erfolgt (bitte detailliert erläutern)?
Wenn ja, welche Rechtsgrundlagen sind hierfür maßgeblich?

Berlin, den 2. Dezember 2013

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

